

Der Aralsee – im Bild ein Satellitenfoto von 2003 – ist Schauplatz einer der größten, je von Menschen verursachten Umweltkatastrophen. In nur 50 Jahren verlor das Binnengewässer neun Zehntel seines Wasserbestandes. In einem Gebiet größer als das der Bundesrepublik Deutschland leiden knapp vier Millionen Menschen unter Salzstürmen mit Pestizidrückständen. Die Kindersterblichkeitsrate ist eine der höchsten der Welt. Auch Typhus, Hepatitis und Krebserkrankungen treten überproportional häufig auf. Hinzu kommen gravierende sozio-ökonomische Probleme. Alle Rettungsversuche der letzten 15 Jahre scheiterten, das multilaterale Krisenmanagement hat versagt. Die Staaten an den Flüssen Amudarja und Syrdarja, die den Aralsee speisen, entnehmen entgegen allen Selbstverpflichtungen weiter riesige Wassermengen für die Landwirtschaft.

■ Die Aralsee-Katastrophe – Ein Nachruf auf das multilaterale Krisenmanagement

Der Aralsee war bis Mitte des 20. Jahrhunderts das viertgrößte Binnengewässer der Erde. In den vergangenen fünf Jahrzehnten reduzierte sich sein Zufluss aber aufgrund des Wasserverbrauchs in der Landwirtschaft so stark, dass der See langsam ausgetrocknet ist. Inzwischen gibt es den Aralsee streng genommen nicht mehr. Übrig geblieben sind vier Restseen. In weniger als einem halben Jahrhundert geriet ein über Jahrzehntausende gehaltenes ökologisches Gleichgewicht aus den Fugen. Es handelt sich um eine der größten von Menschen verursachten Umweltkatastrophen des 20. Jahrhunderts.

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 leiden mit Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Kirgisistan und Tadschikistan fünf souveräne Staaten unter der Aralsee-Katastrophe. Zwar sind lediglich Usbekistan und Kasachstan direkte Anrainer, das Aralseebecken mit den beiden Zuflüssen – Amudarja und Syrdarja – umfasst jedoch auch Turkmenistan, Tadschikistan, Kirgisistan sowie den Iran und Afghanistan: Der Syrdarja entspringt in Kirgisistan und fließt durch Usbekistan und Tadschikistan wieder nach Usbekistan und schließlich nach Kasachstan, wo er in den nördlichen Teil des Binnengewässers mündet. Der Amudarja hat seinen Ursprung in Tadschikistan und Afghanistan und strömt durch Turkmenistan nach Usbekistan, wo er den südlichen Teil des Sees erreicht. Da alle Staaten die Wasserressourcen nutzen, müssten sie kooperieren, um das weitere Austrocknen zu verhindern. Die Internationale Gemeinschaft investierte Milliarden Dollar in verschiedene Projekte und Programme, um die stetig fortschreitende Verlandung zu verhindern. Trotzdem scheint der Prozess der Austrocknung unumkehrbar. Dies liegt vor allem daran, dass die Zusammenarbeit zwischen den zentralasiatischen Staaten, welche für die Abwendung der Katastrophe unabdingbar wäre, gescheitert ist.

Ursachen und Auswirkungen der Aralsee-Katastrophe

Der Aralsee ist ein abflussloser See. Sein Wasserspiegel hielt sich bis Mitte des 20. Jahrhunderts in einem Gleichgewicht, das durch den ober- und unterirdischen Wasserzufluss sowie durch die Verdunstung entstand. Die beiden Hauptzuflüsse Amudarja und Syrdarja speisen sich überwiegend aus den Schneemassen der Hochgebirge in Kirgisistan und Tadschikistan. Diese ermöglichen eine landwirtschaftliche Nutzung des trockenen Steppensandes Zentralasiens. Bereits im Zuge der kolonialen Erschließung durch Russland Ende des 19. Jahrhunderts begann die Ausweitung der Bewässerungslandwirtschaft – vor allem für den Aufbau einer Baumwollmonokultur. Massiv forcierte diese jedoch erst die sowjetische Führung ab den 1950er-Jahren. Die Sowjetunion sollte auf dem Weltmarkt als Baumwollproduzent etabliert und Zentralasien das Produktionszentrum werden. Im Becken des Aralsees wurde die bewässerte Fläche von 4,2 Millionen ha (1950) auf 7,4 Millionen ha (1989) nahezu verdoppelt. Das nötige Wasser stammte zu einem großen Teil aus Amudarja und Syrdarja.

Die Ausweitung des Bewässerungsanbaus zerstörte das Gleichgewicht von Zufluss und Verdunstung. Mit der verstärkten Nutzung der Wasserressourcen verringerte sich die Zuflussmenge in den Aralsee von 56 km³ Anfang der 1960er-Jahre auf sechs km³ in den 1980er-Jahren. Das wenige Wasser, das den See noch erreicht, ist oft hoch kontaminiert mit Pestiziden, Herbiziden und Düngemittelrückständen aus der Landwirtschaft. In manchen Jahren fanden die Flüsse den See überhaupt nicht mehr. Dadurch verlor dieser 74 Prozent seiner ursprünglichen Fläche von 69 900 km² und 90 Prozent seines Wasservolumens. Die Folge ist eine komplexe ökologische Krise mit zunehmender Wasser- und Bodenverknappung: Durch den Rückgang wurde das Wasser im See zunehmend salzhaltiger, so dass einheimische Tiere und Pflanzen ausgestorben sind. Der freigelegte Seeboden verwandelte sich in eine Salzwüste, deren Sand verweht und die Fruchtbarkeit der noch verbliebenen Anbauflächen extrem einschränkt. Etwa 30 Prozent des entnommenen

Wassers erreicht dabei nicht einmal die Felder, sondern geht in den schlechten und veralteten Bewässerungsanlagen durch Versickerung, Verdunstung oder Lecks verloren.

Etwa ein Viertel der Wassermenge des Amudarja wird in den Karakum-Kanal abgezweigt. Der ab 1956 gebaute Kanal verläuft quer durch Turkmenistan und ist der größte Bewässerungskanal der Welt. Er ist überlebensnotwendig für das trockene Land: Mehr als 90 Prozent der turkmenischen Wasserversorgung werden aus ihm gespeist. Doch auch hier geht ein Großteil des Wassers verloren, da der Kanal über weite Strecken nicht befestigt ist, sondern schlicht durch den Sand verläuft.

Die sowjetische Führung nahm den Wasserrückgang im Aralsee lange nicht als Problem wahr. Wenn sie dennoch nach Lösungen suchte, spiegelten auch diese den Glauben an die technische Beherrschbarkeit der Natur wider. So entstanden Pläne für eine externe Wasserspeisung – von der Umleitung sibirischer Flüsse über die Zuführung von Wasser aus dem Indus oder dem Kaspischen Meer bis zur Schmelzung der Gletscher im Pamir-Gebirge. Erst als Michail Gorbatschows Politik der *Glasnost* die Katastrophe des Aralsees öffentlich machte, wuchs das Umweltbewusstsein der Bevölkerung, und die Sowjetregierung begann umzudenken.

Nach einer ersten offiziellen Expertenreise ins Aralgebiet im Jahre 1988 forderte das Zentralkomitee (ZK) der Kommunistischen Partei in einer Resolution Maßnahmen zur Verbesserung der ökologischen und sanitären Situation und zum Erhalt der Land- und Wasserressourcen. Die Regierung ordnete an, dass die Bewässerungssysteme verbessert, nach 1991 keine neuen Felder mehr kultiviert werden und spätestens 2005 eine Mindestzuflussmenge von 21 km³ pro Jahr erreicht werden sollte. 1990 begann die Zusammenarbeit mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UN). Noch im Februar 1991 veröffentlichte die 1987 gegründete Aralsee-Kommission ein Konzept, das unter anderem die Reduzierung des Baumwollanbaus und eine wirtschaftliche Umstrukturierung der Region vorsah. Der Zusammenbruch der Sowjetunion im gleichen Jahr bereitete diesen Bemühungen jedoch ein vorläufiges Ende.



ulstein bild/ Konzept und Bild

Die Karakum-Wüste im Südwesten Usbekistans nahe der Grenze zu Turkmenistan.

Nur ein Jahr später wurde ein ca. 473 000 km² großes Gebiet mit einer Bevölkerung von 3,7 Millionen Menschen um den See zum Katastrophengebiet erklärt. Es umfasst die gesamte Autonome Republik Karakalpakistan, die Gebiete Choresm in Usbekistan und Daschowus in Turkmenistan sowie einen großen Teil des Gebiets Kysylorda in Kasachstan. Die dortige Bevölkerung leidet massiv unter direkten und indirekten gesundheitlichen Folgen: Die Kindersterblichkeitsrate ist mit 80 bis 100 Fällen pro 1000 Geburten eine der höchsten der Welt (in Deutschland sind es vier, in Zentralasien insgesamt ca. 53). Annähernd 70 Prozent der Mütter leiden unter Anämie (Blutarmut). Typhus, Hepatitis und Krebserkrankungen treten überproportional häufig auf. Die Situation wird noch verschlimmert durch den mangelnden Zugang zu sauberem Trinkwasser und Medikamenten.

Auch die sozio-ökonomischen Konsequenzen sind verheerend: Wegen des steigenden Salzgehaltes und des Verlustes der Laichplätze starben die einheimischen Fischarten im See aus, in der Folge brachen Fischerei und Fischindustrie zusammen. Zehntausende Menschen verloren ihre Arbeit. Weitreichende

Versteppung und Versalzung der Böden sind die ökologischen Folgen der Katastrophe. Insgesamt 140 von ursprünglich 178 einheimischen Tierarten und fast 100 Pflanzenarten verschwanden. Die vormals reiche Flora und Fauna der Deltagebiete, vor allem des Amudarja mit seinen Tugai-Wäldern und Feuchtgebieten, verödete. Weite Flächen des früheren Seebettes verwandelten sich in eine Salzwüste.

Die Aralsee-Katastrophe betrifft nicht nur die Einwohner des unmittelbaren Anrainergebietes, sie entfaltet auch mikroklimatische Folgen für weit entfernte Regionen. Staubstürme, die teilweise toxische Reste von Pestiziden, Herbiziden und anderen Chemikalien enthalten, treten in verstärktem Maße auf. Satellitenbilder zeigen, dass salzhaltiger Staub vom ausgetrockneten Seeboden bis zu 500 Kilometer weit geweht wird. Das Kontinentalklima verschärft sich zunehmend, wodurch auch die Anbausaison kürzer wird; dies wiederum beeinträchtigt die landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsversorgung der Bevölkerung.

Die Teilung des Aralsees – (K)ein Grund zur Hoffnung

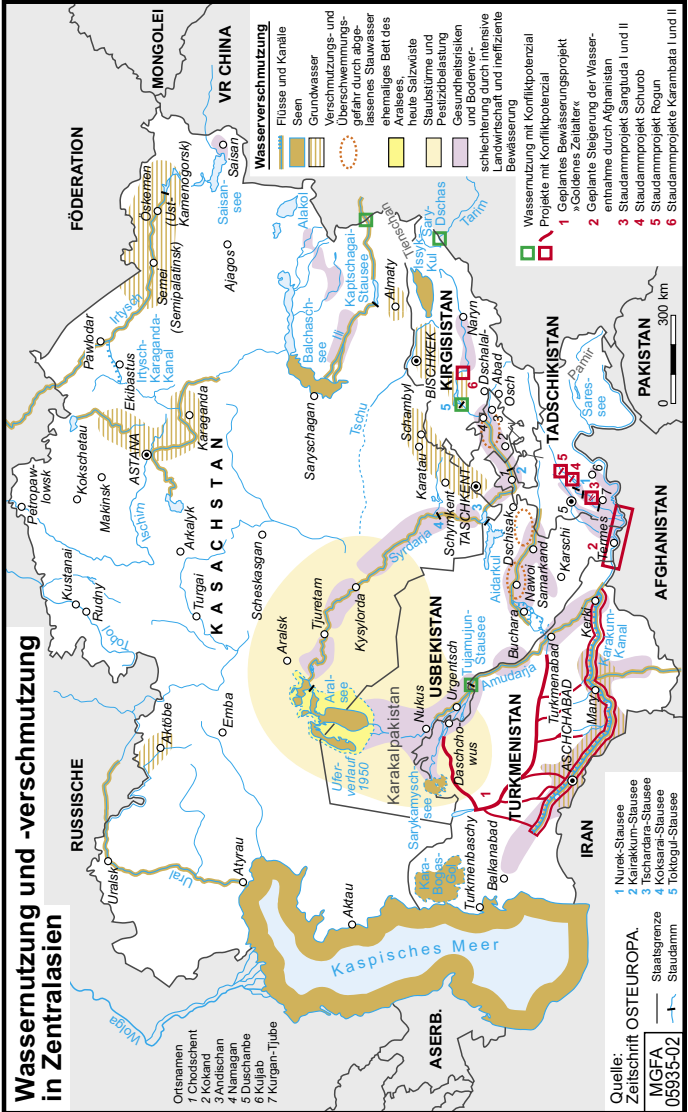
In den Jahren von 1987 bis 1989 tauchte – damals noch unter dem Wasserspiegel – eine Schwelle auf, die den Aralsee in eine kleine nördliche und eine große südliche Hälfte teilte. Bis 1998 waren beide Teile noch durch ein zwölf Kilometer breites Rinnsal verbunden. Dann begann die Lokalregierung des kasachischen Gebiets Kysylorda, in eigener Initiative einen Damm zu bauen – wegen Geldmangels zunächst aus Sand. Dieser brach zweimal, bevor mit finanzieller Unterstützung der Weltbank der 13 Kilometer lange und zehn Meter hohe Kokaral-Damm 2005 fertig gestellt wurde. So bildeten sich zwei voneinander unabhängige hydrologische Systeme aus: Der nördliche Aralsee wird vom Syrdarja gespeist, der südliche Teil vom Amudarja. Das umstrittene Projekt brachte die erwarteten Ergebnisse: Der Wasserpegel im nördlichen Aralsee stieg an, der Salzgehalt ging zurück, das Ökosystem erholte sich, einzelne Fisch- und Vogelarten kehrten zurück. Inzwischen ist sogar wieder Fischerei möglich. Der See-

spiegel des nördlichen Aralsees liegt heute mit 41 Meter um fast zehn Meter über dem des südlichen Aralsees.

Ein zweiter Damm, ebenfalls mit Weltbank-Krediten geplant, könnte das Wasser bis an den Hafen von Aralsk zurücklenken. Angeblich soll sich der nördliche Aralsee bereits um 900 km² vergrößert haben. Einige regionale Experten hoffen gar, dass der Seespiegel langfristig wieder bis auf 53 Meter steigt, also fast auf das frühere Niveau. Realistischer erscheint allerdings eine Stabilisierung bei 42,5 Meter.

Die hoffnungsvollen Reaktionen, welche durch die Entwicklung am nördlichen Aral ausgelöst wurden, verdecken allerdings den hohen Preis, der damit verbunden ist: Der Damm staut das Wasser in Richtung Süden, und es wird nur noch die sehr geringe Menge abgelassen, die nach der Stabilisierung im Norden »übrig« ist. Für den südlichen See bedeutet dies eine Verschlimmerung der ohnehin katastrophalen Situation. Dessen einzige Quelle ist nunmehr der Amudarja und somit trocknet er noch schneller aus. Inzwischen teilte er sich nochmals in einen tiefen westlichen Teil und einen flachen östlichen Teil, lediglich verbunden durch einen schmalen Kanal, sowie in den Golf von Tsche-Bas. Auch für den südlichen Aralsee kursiert der Vorschlag, mittels einer Staumauer das Wasser auf einer kleinen Fläche zu stabilisieren und die Restseen aufzugeben. Dies wäre allerdings mit erheblichen Kosten verbunden, für die bisher noch keine konkreten Berechnungen oder gar Finanzierungspläne existieren.

Das einseitige Vorgehen Kasachstans beim Bau der Staustufe führte zu einer Verschlechterung der Beziehungen zu Usbekistan – dem Anrainer des südlichen Aralsees –, da es zunächst eigeninitiativ erfolgte, und einer Absage an alle Ideen gleichkam, den See als Ganzes zu retten. Es bildete auch eine Reaktion auf das Scheitern aller Resolutionen, Untersuchungen und Projekte der vergangenen 15 Jahre, die letztendlich keine Verbesserung der Situation erreichen konnten.



Das multilaterale Krisenmanagement: Offizielle Erfolge und faktisches Scheitern

Mit dem Zusammenbruch der UdSSR wurde die Aralsee-Krise zum Gegenstand internationaler Beziehungen. Das Verschwinden der Moskauer Zentralplanung erforderte von den zentralasiatischen Staaten regionale Kooperation auf zwei Gebieten, die untrennbar miteinander verbunden sind: erstens die Linderung der ökologischen Katastrophe, zweitens die Verteilung der Wasserressourcen in der Region.

Bereits im Februar 1992 wurde in der kasachischen Hauptstadt Almaty das Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des gemeinsamen Managements und Schutzes internationaler Wasserressourcen geschlossen. Es sah vor, dass die sowjetischen Entnahmekoten für jede Republik zunächst Bestand haben sollten, bis eine neue regionale Strategie ausgearbeitet wäre. Der Aralsee mit seinen Deltas wurde neben den fünf Staaten als Wasserkonsument mit einer eigenen Quote anerkannt. Das Vertragswerk war vor allem ein Schritt zur regionalen Vertrauensbildung, da die Staaten anerkannten, dass »nur die Vereinigung und gemeinsame Koordination der Aktionen die Schaffung günstiger Bedingungen zur Lösung sozio-ökonomischer Probleme ermöglichen und erlauben, die ökologische Notlage zu mildern«. Zur Umsetzung und Kontrolle des Abkommens nahm 1993 die Interstate Commission for Water Coordination in Central Asia (ICWC) ihre Arbeit auf.

Rund ein Jahr später knüpfte das so genannte Aralabkommen an die Vorgängervereinbarung an. Die Staaten bestätigten die gegenseitigen Interessen in Bezug auf Gebrauch und Schutz der Ressourcen sowie die Notwendigkeit, den See zu erhalten. Aufgrund der Gefahren, welche die Austrocknung für die gesamte Region birgt, betonte es die gemeinsamen ökologischen Aufgaben – effiziente Nutzung der begrenzten Wassermenge, Renaturierung der Deltas, Verbesserung der Wasserqualität. Nur so könne es auch zu einer positiven sozio-ökonomischen Entwicklung der Region kommen. Zudem wurde die Notwendigkeit eines Minimalzuflusses in den Aralsee anerkannt, und dieser nochmals als nutzungsberechtigter Konsument – neben den fünf Staaten – le-

gitimiert. Es folgten die Erklärungen von Nukus (1995), Almaty (1997), Aschhabad (1999), Duschanbe (2002) und zuletzt Almaty (2009). Alle betonten die Notwendigkeit der Zusammenarbeit und das gemeinsame Interesse an der Rettung des Ökosystems. Insgesamt haben die zentralasiatischen Staaten über 150 Abkommen zu diesem Themenkomplex abgeschlossen.

Ab 1993 setzte auch die ausländische Hilfe ein. Die Entwicklungsagenturen vieler Staaten und unzählige Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) betätigten sich vor Ort. Als größtes Programm lief 1994 das Aral Sea Basin Program (ASBP-1) an. Zunächst eine Initiative der Weltbank sowie der Umwelt- und Entwicklungsprogramme der Vereinten Nationen (UNEP/UNDP), bietet das ASBP inzwischen den multinationalen Rahmen für mannigfaltige Aktivitäten. Die Priorität liegt dabei auf Soforthilfe für die am stärksten betroffene Anrainerbevölkerung. Nach Ablauf der ersten Phase im Jahre 2002 verabschiedeten die zentralasiatischen Staatschefs eine Verlängerung (ASBP-2) um acht Jahre.

Um die Programme zu koordinieren und umzusetzen, gründeten die fünf Länder 1993 den regionalen Interstate Council for the Aral Sea Basin Crisis (ICAS) und kamen damit einer Forderung der Weltbank nach. Dem ICAS wurden die kurz zuvor gegründete ICWC sowie die 1988 von der Sowjetregierung geschaffenen Flussbeckenbehörden (*Bassejnoje Wodnoje Objedinenije*, BWO) für die Einzugsgebiete des Amudarja und des Syrdarja untergeordnet. Die BWO für den Syrdarja hat ihren Sitz in Taschkent, die für den Amudarja in Urgentsch. Sie sind die operativen Organe der ICWC. Zur Finanzierung entstand ein internationaler Fonds, der International Fund for Saving the Aral Sea (IFAS), in den alle Mitgliedstaaten zunächst jährlich ein Prozent ihrer Staatsausgaben zahlen sollten. 1997 wurden die Abgaben auf 0,3 Prozent des Haushalts für die reicheren Länder flussabwärts (Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan) und auf 0,1 Prozent für die ärmeren wasserreichen Staaten Kirgisistan und Tadschikistan herabgesetzt. Die Weltbank kritisierte im gleichen Jahr Kompetenzüberschneidungen zwischen ICAS und IFAS, worauf beide Organisationen unter dem Namen IFAS miteinander verschmolzen. Diese regionale Organisationsstruktur und die Abkommen bilden den Rahmen für einen

Großteil der Projekte zur Linderung der Aralsee-Katastrophe. Trotz der enormen finanziellen Zuwendungen in Höhe von 280 Millionen US-Dollar an Krediten und 48 Millionen US-Dollar als Zuschüsse, verbesserten sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung kaum.

Zwar reduzierte sich die Wasserentnahme nach offiziellen Angaben von 1980 bis 1995 um ca. zwölf Prozent. Doch dies ist kaum den Programmen zu verdanken, sondern war Folge der wirtschaftlichen Krise der Transformationsphase, die dazu führte, dass viele Bewässerungssysteme verfielen und -flächen brachlagen. Auch nach 1993 sank der Wasserspiegel kontinuierlich – der des südlichen Sees von knapp 38 Meter (1993) auf 31 Meter (2006). Das Wasserniveau im Norden erscheint insgesamt stabiler, doch bewegte es sich Anfang der 1990er-Jahre knapp über 40 Meter und liegt damit trotz des Dammbaus heute nicht höher.

Multilaterale Abkommen und Programme, die die zwischenstaatliche Wasserverteilung regeln und zu einer effizienteren Nutzung führen sollen, werden nur unzureichend umgesetzt, die Entnahmekoten nicht eingehalten und deren Legitimität offen infrage gestellt. Die mangelnde Einhaltung von Vereinbarungen resultiert zum Teil auch aus unzureichenden technischen, finanziellen und personellen Kapazitäten. Ein Großteil der Messposten stellte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion aus finanziellen Gründen seine Arbeit ein, so dass es schlicht nicht möglich ist, die Angaben über Wasserentnahmen zu kontrollieren. Ein unabhängiges regionales Monitoring-System – Voraussetzung für Datentransparenz – kam nicht zustande. Deswegen waren von Anfang an sowohl für die regionalen Organisationen als auch für die nationalen Behörden Programme zur Stärkung der technischen und personellen Kapazitäten eine entscheidende Komponente. Internationale Geber stellten Mittel zur Renovierung der Messstationen und Anschaffung moderner Geräte sowie für neue Informationstechnologien, Datenbanken etc. bereit. Im Jahr 2000 entstand zudem in Taschkent ein regionales Trainingszentrum für Wasserexperten aus den zentralasiatischen Ländern.

In der schlechten Ausstattung des IFAS kommt jedoch auch die mangelnde politische Unterstützung durch die Mitglieds-

staaten zum Ausdruck. Die sowieso schon geringen jährlichen Beitragszahlungen leistete in den 1990er-Jahren kein einziges der Länder vollständig, in letzter Zeit taten dies nur Usbekistan und Turkmenistan. Der IFAS scheint vielfach nicht als unabhängige regionale Organisation wahrgenommen zu werden, mit der Konsequenz, dass die Abgabe von Entscheidungs- und Kontrollbefugnissen verweigert wird. Der Eindruck, dass seine Institutionen weniger um der Kooperation willen gegründet wurden, als vielmehr um den Anforderungen der internationalen Geber zu genügen, drängt sich förmlich auf. Dies spiegelt sich auch in der Mitarbeiterstruktur wider: Die Beschäftigten werden von den jeweiligen Regierungen entsandt und sind eher deren Interessenvertreter denn fachkundige Experten. So bestreitet der usbekische Vertreter im IFAS, dass die exzessive Nutzung durch Usbekistan für die Aralsee-Krise eine Rolle spielt. Er sieht diese allein in der physischen Wasserknappheit der Region begründet. Turkmenistan ließ das umstrittene »Goldene-Zeitalter-Projekt« in das ASBP-2 aufnehmen – den Bau eines riesigen Stausees in Turkmenistan, der zur Folge haben könnte, dass noch weniger Wasser seinen Bestimmungsort erreicht.

Die Unterorganisation ICWC ist mit ihrem mächtigen wissenschaftlichen Informationszentrum (Scientific Information Center, SIC-KWC) und den Flussbeckenbehörden fest in Usbekistan installiert und beschäftigt fast ausschließlich einheimische Mitarbeiter. Die Publikationen des SIC-ICWC vertreten relativ offen usbekische Positionen, indem z.B. alle Forderungen der Oberanlieger als »Hydro-Egoismus« gebrandmarkt werden, während die eigene Politik kein kritisches Wort erfährt. Die Objektivität der Messdaten des ICWC zu Abfluss und Nutzung ziehen internationale Organisationen und Experten in Zweifel. Auch die BWOs gelten als usbekische Interessenvertretungen. 2001 forderte der kasachische Delegierte im ICWC deswegen die Einführung eines Rotationsprinzips bei der Direktorenbesetzung. Obwohl man diesem Vorschlag einheitlich zustimmte, wurde er nicht umgesetzt.

Im Ergebnis setzten jene Programme, auf die man sich einigen konnte, meist an den Symptomen der Aralsee-Katastrophe an und nicht an deren Ursache – dem massiven Wasserverbrauch

in der Landwirtschaft. Die Instandsetzung der Bewässerungsanlagen und die Einführung moderner Technologien könnten Ressourcen sparen, sind aber sehr teuer. Die Renovierung und Modernisierung der entsprechenden Systeme allein in Usbekistan würde ca. 26 Milliarden Dollar kosten, für Zentralasien geschätzte 40 Milliarden – und wäre letztlich nicht ausreichend.

Trotz der zahlreichen gemeinsamen Erklärungen geben im Zweifelsfall alle Regierungen ihren nationalen Interessen Vorrang. Alle Staaten außer Kasachstan planen eine Ausweitung ihrer Anbauflächen. Kirgisistan und Tadschikistan verlangen für sich entsprechend höhere Entnahmekoten. Kirgisistan verstärkte zum Zweck der Hydro-Energieproduktion den winterlichen Wasserablass aus dem Toktogul-Stausee. Das Flussbett des Syrdarja kann diese Wassermassen im Winter jedoch nicht aufnehmen, so dass ein enormer Anteil durch Überflutungen verloren geht oder in die Arnasai-Senke in Usbekistan abfließt und sich mit dem salzhaltigen Wasser des Aidar-Kul-Sees mischt. Dadurch geht es sowohl der Landwirtschaft als auch dem Aralsee verloren.

Eine Umstrukturierung des Primären Sektors auf weniger wasserintensive Nutzpflanzen lässt sich aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung des Baumwollanbaus politisch nur schwer durchsetzen: In Usbekistan, Turkmenistan und Tadschikistan entfallen je rund 40 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion auf Baumwolle. 25 bis 30 Prozent der Deviseneinnahmen werden hierdurch erwirtschaftet, in Tadschikistan sind es elf Prozent. Der Baumwollsektor ist nicht nur ökonomisch profitabel für eine kleine einflussreiche Elite, sondern auch Instrument sozialer Kontrolle und politischer Repression. Gerade Usbekistan und Turkmenistan, die neben Kasachstan am meisten von der Krise betroffen sind, blockieren deshalb die regionale Kooperation.

Im Rahmen einer umfassenden Betrachtung des Krisenmanagements erscheint auch die Rolle der internationalen Akteure in einem kritischen Licht. Die mangelnde Koordinierung der Geber führte zu Überschneidungen und Konkurrenz zwischen einzelnen Programmen. Statt lokale Experten einzubeziehen, stellte man gerade in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre westliche Gutachter ohne ausreichende Regionalkenntnisse ein. Dies schwächte die Eigenverantwortung seitens der nationalen Behör-



picture-alliance/dpa/Lehtikuva

Begegnung zweier »Wüstenschiffe« auf der Fläche des ehemaligen Aralsees.

den. Zudem erwiesen sich viele Projekte als nicht durchführbar. Manche Vorhaben widersprachen nicht nur früheren Initiativen, sondern auch den allgemeinen Prioritäten des ASBP. Zudem ließen sich die Geber in die Konkurrenz zwischen den Staaten verwickeln, anstatt eine Position als neutrale Mittler einzunehmen: Das Projektmanagement des IFAS unter dem ASBP-1 galt als sehr unzureichend; teilweise wurden Projekte abgebrochen und Gelder verschwanden. Viele Geber haben dessen Nachhaltigkeit bezweifelt und suchten sich neue Partner u.a. bei den Unterorganisationen, mitunter sogar ohne das Exekutivkomitee einzubeziehen. Diese Praxis zog faktisch aber keine effektiveren Projekte nach sich, sondern schwächte lediglich die regionale Kooperationsstruktur.

Ende des Aralsees – Ende der Kooperation?

Der Blick auf das multilaterale Krisenmanagement der letzten 15 Jahre zeigt, dass die getroffenen Abkommen, den Wasserverbrauch zu reduzieren, nicht eingehalten werden. Jene Organisationen, welche die Hilfsprogramme umsetzen sollen, verfügen weder über die notwendigen Kompetenzen noch über die

Mittel, um mehr zu sein als ein Spielball nationaler Interessen. Die Ursache für das Versanden aller Lösungsversuche liegt in der mangelnden Zusammenarbeit. Der politische Wille fehlt, solche Abkommen zu ermöglichen, welche die Ursachen der Krise angehen.

Die Verbesserungen am nördlichen Aral erscheinen gerade nicht als Folge gelungenen Krisenmanagements, sondern als Konsequenz aus dessen Versagen. Der Dammbau zwischen dem kleinen und dem großen Aralsee zementiert im wahrsten Sinne des Wortes das Ende des Sees als Einheit und offenbart das Scheitern der multilateralen Bemühungen. Damit wird die Kooperationsstruktur insgesamt – die ohnehin stets unzureichend funktionierte – offen infrage gestellt. Sowohl der frühere turkmenische Präsident als auch der kasachische Außenminister schlugen vor, den IFAS aufzulösen. Dies erscheint aus der jeweiligen nationalen Sicht sogar durchaus logisch, denn schließlich ist mit der Trennung des Gewässers Kasachstan nicht mehr mit dem Amudarja-Becken und Turkmenistan nicht mehr mit dem Syrdarja-Becken verbunden. Gleichzeitig meldeten angesichts der Wirkungslosigkeit des IFAS auch einige Geber Zweifel an ihrer weiteren Unterstützung an.

Als Reaktion auf das offensichtliche Scheitern des ICWC und des IFAS bei der Erfüllung ihrer Mandate verfolgen zentralasiatische Experten gegenwärtig das Ansinnen, den gesamten IFAS in seiner jetzigen Struktur aufzulösen und in eine UN-Unterorganisation – United Commission on the Aral Sea – umzuwandeln. Auf ihrem Treffen 2002 in Duschanbe forderten die Staatsoberhäupter dies auch offiziell. Wie eine derartige Körperschaft genau auszusehen habe, darüber gehen die Meinungen allerdings auseinander. Die Befürworter eint wohl vor allem die Hoffnung, dass sich so zusätzliche internationale Finanzmittel mobilisieren und die Geberaktivitäten besser koordinieren lassen.

Abgesehen von allen organisatorischen Überlegungen macht sich mit dem globalen Klimawandel ein weiterer Unsicherheitsfaktor bemerkbar. Kurz- und mittelfristig führt dieser zu stärkerer Gletscherschmelze und damit zu steigendem Wasserabfluss und so eventuell zu einer temporären Entspannung der Situation. In 50 bis 100 Jahren werden jedoch die kleine-

ren und mittleren Gletscher abgeschmolzen sein. Man rechnet damit, dass sich z.B. der Abfluss des Amudarja im nächsten halben Jahrhundert um sieben bis zehn Prozent reduzieren wird. Gleichzeitig ist damit zu rechnen, dass durch die Erderwärmung die Verdunstungsrate und der Wasserbedarf der Landwirtschaft steigen. Wie sich die Interaktion dieser Faktoren letztendlich auswirkt, bleibt bislang ungewiss. Sicher scheint lediglich, dass eine derartige Herausforderung nicht ohne internationale Kooperation gemeistert werden kann – für die in der Region am Aralsee bislang tragfähige Grundlagen fehlen.

Jenniver Sehring